

# Trinkwasser -Ouo vadis?

**T**rinkwasser und Grundwasser werden stets in einem Atemzug genannt, da etwa 75 % der Trinkwasserversorgung in den alten und etwa 60 % in den neuen Bundesländern aus dem Grundwasser gedeckt werden. Dieses war nicht immer so. Anfang der 60er Jahre war es in den alten Bundesländern nur rund ein Drittel. Mit der rapiden Verschlechterung der Oberflächenwasserqualität, insbesondere im Rheineinzugsgebiet, fand damals eine Verschiebung zum Grundwasser statt.

Mittlerweile zeigt sich angesichts der wesentlichen Verbesserung der Oberflächenwasserqualität in den alten Bundesländern auf der einen Seite und der erheblichen Grundwasserbelastungen auf der anderen Seite, die sich aus der flächigen Belastung aus landwirtschaftlichen Aktivitäten sowie über den weiträumig wirkenden Luftpfad und den vielen, vielen punktförmigen Stoffen und vor allem den Altlasten ergeben, daß eine erneute Kehrtwende zum Oberflächenwasser angezeigt erscheinen könnte, wenn nicht ebenso konsequent der Grundwasserschutz betrieben wird, wie es seinerzeit hinsichtlich der Oberflächengewässer geschehen ist.

Problemstoffe besonders für das Grundwasser sind Nitrat, Pestizide, halogenierte Kohlenwasserstoffe, Schwermetalle. Aber auch bakteriologische Beanstandungen, vor allem in den neuen Bundesländern, gehören zu den Problemschwerpunkten.

Trotz der Problemlage hinsichtlich der Rohwasserbeschaffenheit müssen die Wasserversorgungsunternehmen ihren Versorgungsauftrag; nämlich ein einwandfreies Lebensmittel "Trinkwasser" kontinuierlich zu liefern, erfüllen. Dieses hat in den alten Bundesländern einen erheblichen Kostenaufwand erforderlich gemacht. Aufgrund der Gewässerverunreinigungen ergaben sich, wie

Studien im Auftrag des Bundesumweltministers zeigten, bereits bis 1985 rund 10 Mrd. DM an volkswirtschaftlichen Verlusten, die in Aufbereitungs- ("Reparaturbetriebe"), Ausweich- und Überwachungsmaßnahmen gesteckt wurden.

Auch eine jüngste Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages zeigt deutlich, daß seit Anfang der 80er Jahre jährliche Kosten für die Wasserversorgungsunternehmen zwischen 770 und 880 Mio. DM allein aus der Nitratproblematik entstanden sind. Darüber hinaus wurde aufgezeigt, daß die Agrarreform der EG zu keiner Entspannung bei der Grundwasserbelastung führen wird.

Das bisherige Vorgehen zur Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Wasserwerke als Reparaturbetriebe zur Aufbereitung von verunreinigtem Rohwasser auszustatten, wird auch in den neuen Bundesländern notwendig sein, wenn nicht die Trinkwasserversorgung weitgehend über den Getränkehandel erfolgen soll. Wie man es auch bedauern mag, aber als Sofortmaßnahme bleibt kein anderer Weg als der des "Reparaturbetriebes" übrig.

Auch wenn die Versorgungsunternehmen es bis auf Ausnahmefälle immer wieder irgendwie hinbekommen, die Bevölkerung mit einem einwandfreien Trinkwasser zu versorgen, so bedeutet das nicht, daß sich die Politik in Sicherheit wiegen und sich zurücklehnen kann. Wir befinden uns auf einem schmalen Grat, von dem wir jederzeit abstürzen können. Die Vorsorgesicherheit auf den letzten im Glied - die Wasserwerke - abzuschieben, ganz abgesehen von den enormen volkswirtschaftlichen Kosten, kann nicht die Lösung für jetzt und die Zukunft sein. Mittlerweile haben europaweit die politisch Verantwortlichen erkannt, daß

"Grundwasser ein natürlicher Rohstoff von sowohl Ökologischen als auch ökonomischem Wert und von entscheidender Bedeutung für ein umweltgerechtes Leben, für die Gesundheit, für die Landwirtschaft und für den Erhalt der Ökosysteme ist."

Hoffen wir nur, daß die daraus notwendigerweise resultierenden und erforderlichen Maßnahmen nicht nur deklamatorischen Wert haben, sondern umgehend realisiert werden. Denn Wasserwerke sind standortgebunden. Sie können nicht beliebig aus- und umgelagert werden. Sie sind auf einen intakten Naturhaushalt angewiesen.



Prof. Dr.-Ing. H.-P. Lühr, Institut für wassergefährdende Stoffe an der TU Berlin